

Niederschrift
der 11. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 02.12.2021
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 18:40 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Löwenscher Saal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Stefan Bauschke

stellv. Vorsitzende/r

Herr Thomas Haack

Herr Jürgen Suhr

Mitglieder

Herr Christian Binder

Herr Volker Borbe

Herr Jan Gottschling

Herr Ulrich Grösser

Herr Stefan Nachtwey

Vertreter

Herr Bernd Röll

Vertretung für Frau Ute Bartel

Protokollführer

Frau Madlen Zicker

von der Verwaltung

Herr Stephan Bogusch

Herr Oliver Dillmann

Frau Kirstin Gessert

Herr Stephan Latzko

Herr Dr. Frank-Bertolt Raith

Frau Jule Sahr

Frau Kristina Wilcke

Gäste

Herr Peter Mühle

Herr Sesselmann

Frau Stephanie Ploch

Tagesordnung:

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Bestätigung der Niederschrift der 10. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 04.11.2021
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
 - 3.1** Bebauungsplan Nr. 77 "Wohnbebauung am Haltepunkt Süd, Andershof", Aufstellungsbeschluss und Einleitung des 25. Änderungsverfahrens für den Flächennutzungsplan der Hansestadt Stralsund
Vorlage: B 0182/2021
 - 3.2** Bebauungsplan Nr. 71 "Wohnbebauung am Deviner Weg", Aufstellungsbeschluss
Vorlage: B 0185/2021
 - 3.3** 21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund für die Teilfläche westlich der Bahnstrecke Stralsund-Grimmen und Anpassung des dem Flächennutzungsplan beigeordneten Landschaftsplanes, Abwägungs- und Feststellungsbeschluss
Vorlage: B 0188/2021
 - 3.4** Verfahren zum Verkauf und zur Bebauung städtischer Grundstücke im Quartier 65 auf der Nördlichen Hafensinsel
Vorlage: B 0184/2021
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
 - 4.1** Änderung Gebietskulisse Landschaftsschutzgebiet "Stadtteiche und Grünanlagen von Stralsund" - Beratung zum weiteren Vorgehen / Antragstellung an Landkreis
 - 4.2** Aktueller Sachstand Fahrradstation am Hauptbahnhof
- 5** Verschiedenes
- 10** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Bauschke teilt mit, dass die Verwaltung den Vorschlag gegeben hat, die Tagesordnungspunkte 4.1 und 4.2 zu tauschen.

Er stellt die Änderung zur Abstimmung:

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Der Ausschussvorsitzende stellt die Tagesordnung mit der Änderung zur Abstimmung.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 10. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 04.11.2021

Die Niederschrift der 10. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 04.11.2021 wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 3.1 Bebauungsplan Nr. 77 "Wohnbebauung am Haltepunkt Süd, Andershof", Aufstellungsbeschluss und Einleitung des 25. Änderungsverfahrens für den Flächennutzungsplan der Hansestadt Stralsund Vorlage: B 0182/2021

Herr Bauschke gibt bekannt, dass Herr Haack zu diesem Tagesordnungspunkt Befangenheit erklärt.

Zu Beginn teilt Herr Dr. Raith mit, dass auf der Basis des Rahmenplans in Andershof eine Öffentlichkeitsbeteiligung mit ca. 200 Interessenten vor Ort stattgefunden hat. Er hat viele Gespräche geführt, insbesondere über die infrastrukturelle Ausstattung, die angrenzenden Grundstücke und den Beginn der Erschließung.

Herr Dr. Raith erläutert die Beschlussvorlage anhand einer Präsentation, welche der Niederschrift beigelegt ist.

Im Rahmen der laufenden 3. Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) der Hansestadt Stralsund wurden Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung und daraus abgeleitet zum Wohnraumbedarf bis 2035 erstellt.

Während die Entwicklung des Wohnungsbestandes kontinuierlich ansteigt, sinkt der Wohnungsleerstand. Die Leerstandsquote beträgt aktuell 3,4 Prozent. In Bezug auf die einzelnen Stadtteile fällt auf, dass es in vielen Teilen einen starken Zuwachs gibt, ausgenommen Grünhufe. Die Einwohnerzahlen sind im Zeitraum 2002 bis 2020 stabil geblieben. Den Wohnungsmarkt betreffend, sind die Haushalte die wichtigste Kennziffer. Diese steigen ebenso wie der Wohnungsmarkt kontinuierlich an. Das ist darauf zurückzuführen, dass die Haus-

haltsgröße auf 1,73 Personen pro Haushalt gesunken ist, welche durch unterschiedliche Gründe verursacht wurden. Die kontinuierliche Reduzierung der Haushaltsgröße hat zu einem ebenfalls kontinuierlichen Nachfragezuwachs am Wohnungsmarkt geführt. Herr Dr. Raith verweist diesbezüglich auf den demografischen Wandel. Wichtig ist laut Herrn Dr. Raith, dass ein stabiler Zuzug erhalten wird.

Es kommt zu einem Wohnungsbedarf von 4.483 Wohnungen für den Zeitraum bis 2035. Herr Dr. Raith ergänzt, dass das Angebot an Wohnungen ausschlaggebend für die wirtschaftliche Entwicklung ist. Aufgrund einer hohen Nachfrage nach Wohneigentumsbildung wird für das Segment Einzel-/Doppel-/Reihenhäuser ein Neubaubedarf von rund 1.000 erwartet. Die Nachfrage nach Wohnungen in Mehrfamilienhäusern ergibt sich aus der Differenz der Wohnungsnachfrage insgesamt und der Nachfrage nach Einfamilienhäusern. Der Bedarf beträgt hierbei ca. 1.000 bis 1.500 Wohneinheiten. Abschließend teilt er mit, dass die Entwicklungen des ISEK in Andershof kompatibel sind.

Die 3. Fortschreibung des ISEK wird nach Abschluss der Bearbeitungen in den Ämtern separat im Ausschuss vorgestellt.

Frau Gessert ergänzt, dass die Presse über die Bürgerbeteiligung berichtet hat. Sie verdeutlicht, dass die Hansestadt Stralsund einen attraktiven Wohnungsmarkt benötigt. Das Plangebiet im südlichen Stadtteil fügt sich gut in die angrenzende Siedlungsentwicklung ein. Es eignet sich gut für den Geschosswohnungsbau, Einfamilienhäuser und die Ansiedlung von sozial-medizinischen Einrichtungen.

Die Fläche befindet sich im Privateigentum und umfasst eine Größe von 16,7 Hektar. Für die Flächen, die zurzeit als Acker genutzt werden, gibt es die Besonderheit, dass es sich um wertgebende Böden mit einer Bodenwertzahl ab 50 handelt.

Im Umfeld sollen der Bahnhofpunkt Süd entwickelt werden sowie eine besondere Wärme- und Energieversorgung. Der Flächennutzungsplan sieht an dieser Stelle aktuell keine Baufläche vor. Aus diesem Grund ist dieser sowie der Landschaftsplan entsprechend zu ändern. Hinsichtlich der Finanzierung teilt Frau Gessert mit, dass mit dem Vorhabens- und Erschließungsträger ein städtebaulicher Vertrag geschlossen wird.

Herr Röll möchte wissen, ob die Stadtverwaltung auch mit anderen Interessenten, zum Beispiel der Ärztekammer, hinsichtlich der medizinischen Infrastruktur gesprochen hat oder lediglich nur mit der Uhlenhaus Gruppe. Frau Gessert teilt diesbezüglich mit, dass Erweiterungsabsichten, deutlich über das bestehende Spektrum hinaus seitens der Uhlenhaus Gruppe bestehen. Es ist naheliegend, dass zuerst mit den angrenzenden medizinischen Einrichtungen gesprochen wird. In den Baugebieten ist es unabhängig davon möglich, dass sich freie Berufe wie Ärzte ansiedeln.

Herr Dr. Raith merkt an, dass die Uhlenhaus Gruppe den Rahmen herstellt. Es können sich externe Dienstleister wie Physiotherapie oder Arztpraxen einmieten. Somit ist es durchaus möglich, externe Angebote durch Dritte zu schaffen.

Auf Nachfrage von Herrn Suhr teilt Herr Dr. Raith mit, dass Mischgebiet oder Gemeinbedarfsfläche planungsrechtlich noch abschließend abgewogen werden müssen.

Auf weitere Nachfrage merkt Herr Dr. Raith an, dass sich der Flächenverbrauch pro Einwohner reduzieren muss. Unterschieden wird dabei der Flächenverbrauch von Wohnflächen und Siedlungsflächen. Es sollen möglichst größere Wohnungen für Familien mit Kindern zur Verfügung gestellt werden. Damit mehr Menschen Geschosswohnungen bevorzugen, muss an den Qualitätskriterien gearbeitet werden. Er merkt an, dass, wenn die städtebaulichen Entwürfe ausgearbeitet sind, diese im Ausschuss vorgestellt werden. Das Ziel ist, städtebauliche Dichte und Qualität zu erschaffen, um Siedlungsflächenwachstum zu reduzieren.

Herr Dr. Raith teilt auf weitere Nachfrage mit, dass mit dem Bahnhofpunkt in Andershof die schienengebundene Infrastruktur ausgebaut werden muss. Mit dem neuen Baugebiet ist eine Sammelstraße geplant, die für Busse geeignet ist und auch einen breiten Fahrradweg zulässt. Mit der aktuellen Situation hinsichtlich der Andershofer Dorfstraße ist dies nicht durchführbar. Laut Herrn Dr. Raith hat die Siedlungsentwicklung den Schienenausbau zur Folge

und sollte Priorität vor der landwirtschaftlichen Nutzung im Einzelfall erlangen. Herr Dr. Raith verweist auf das aktuelle Gutachten, welches besagt, dass sich der Bahnhaltepunkt momentan nicht lohnen würde. Es gibt keine Mindestgrößenordnungen, er merkt jedoch an, dass grundsätzlich Bahnhaltepunkte nicht am äußeren Stadtgebiet errichtet werden. Er verweist auf die hohen Kosten des städtischen Haushaltes, sollte ohne Entwicklung der Infrastruktur, ein Bahnhaltepunkt errichtet werden.

Die Ausschussmitglieder haben keinen weiteren Redebedarf.

Der Ausschussvorsitzende bringt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0182/2021 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 1 Gegenstimme 1 Stimmenthaltung

**zu 3.2 Bebauungsplan Nr. 71 "Wohnbebauung am Deviner Weg", Aufstellungsbeschluss
Vorlage: B 0185/2021**

Der Tagesordnungspunkt wurde zusammen mit dem TOP 3.1. beraten.

Herr Bauschke lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0185/2021 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

**zu 3.3 21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund für die Teilfläche westlich der Bahnstrecke Stralsund-Grimmen und Anpassung des dem Flächennutzungsplan beigeordneten Landschaftsplanes, Abwägungs- und Feststellungsbeschluss
Vorlage: B 0188/2021**

Herr Dillmann erläutert die Beschlussvorlage.

Die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen im Sinne von § 8 BauGB sollen mit dieser Änderung des Flächennutzungsplanes für die Entwicklung des Bebauungsplanes Nr. 74 geschaffen werden. Der Planungskonzeption des Bebauungsplans Nr. 74 „Photovoltaikanlage an der Bahnstrecke Stralsund-Grimmen, westlich von Voigdehagen“ folgend, erfolgt die Darstellung als Sonderbaufläche mit Zweckbestimmung „Regenerative Energie-Solar“. Im Landschaftsplan erfolgt die Darstellung als „Bauflächen gem. § 5 BauGB, Bahnanlagen und Flächen für Ver- und Entsorgungsanlagen“. Herr Dillmann merkt an, dass dies nur den südlichen Bereich betrifft, der nördliche Bereich ist bereits als Baufläche dargestellt.

Herr Dr. Raith spricht seinen Dank und Anerkennung an die Mitarbeiter der Abteilung Planung- und Denkmalpflege aus. Es handelt sich im genannten Fall um den ersten Bebauungsplan, welcher vom Amt für Planung und Bau komplett mit allen Prüfungen in einer beachtenswerten kurzen Zeit durchgeführt wurde.

Herr Röhl geht auf die Stellungnahme der Wasserwirtschaft ein und äußert sein Unverständnis diesbezüglich.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0188/2021 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 1 Gegenstimme 0 Stimmenthaltungen

**zu 3.4 Verfahren zum Verkauf und zur Bebauung städtischer Grundstücke im Quartier 65 auf der Nördlichen Hafeninsel
Vorlage: B 0184/2021**

Herr Dr. Raith teilt mit, dass der Bürgerschaftsbeschluss vom 21.09.2017 mit Beschluss vom 30.08.2018 mit zwei Fragestellungen aufgehoben wurde. Der Oberbürgermeister wurde beauftragt zu prüfen, ob und inwieweit das Entwicklungskonzept mit einer städtischen Gesellschaft umsetzbar ist und in das Quartier 65 ein Neubau einer Schwimmhalle integriert werden kann.

Die LEG GmbH als städtische Gesellschaft kommt nach Prüfung zu dem Ergebnis, nur einzelne Bauabschnitte realisieren zu können. Die abschnittsweise Entstehung des Gebäudes sieht Herr Dr. Raith als nicht zielführend an. Hinsichtlich des städtischen Schwimmbades merkt er an, dass dies planungsrechtlich und gestalterisch umsetzbar wäre. Er verweist jedoch auf den hohen Energiebedarf von Schwimmbädern hin. Dieser hohe Kostenfaktor führt oftmals zur Unwirtschaftlichkeit. Weitere Überlegungen möglicher Kostendeckungen wie Mitnutzung der Energiezentrale des Ozeaneums oder einer Erbpachtvariante für die Gesamtfläche erwiesen sich als nicht lohnend.

Laut Herrn Dr. Raith wurden die Ausschreibungsunterlagen überarbeitet und präzisiert. Zukünftig sollen im Quartier 65 Nutzungen eingeordnet werden, durch die der gewerbliche, maritim geprägte Charakter der Nördlichen Hafeninsel weiter gestärkt wird. An zentraler Stelle soll ein hochwertiges Hotel im Bereich 4-Sterne bzw. 4 Sterne Superior oder höher mit Konzept und eindeutiger Ausrichtung (Wellness, Gesundheit, ergänzend Kongressnutzung) realisiert werden. Der integrierte Bade- und Wellnessbereich soll auch von der Öffentlichkeit genutzt werden können.

Er bittet die Ausschussmitglieder um Bestätigung, damit das Investorenauswahlverfahren gestartet werden kann.

Auf Nachfrage von Herrn Suhr teilt Herr Dr. Raith mit, dass es mehrere große Firmen gibt, die bereits Interesse zeigen. Die Hansestadt Stralsund ist in den vergangenen Jahren deutlich attraktiver geworden. Er ist davon überzeugt, dass es mehrere Angebote geben wird. Zu der Frage, wo der Unterschied zu vorangegangenen Ausschreibungen liegt, macht Herr Dr. Raith deutlich, dass unter anderem sinnvolle Erdgeschossnutzungen vorausgesetzt werden. Weiterhin soll dieses Objekt die gesamte Hansestadt Stralsund weiter voranbringen sowie sich in das Stadtbild einfügen.

Die Vorlage B 0184/2021 wird zur Abstimmung gebracht.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0184/2021 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Änderung Gebietskulisse Landschaftsschutzgebiet "Stadtteiche und Grünanlagen von Stralsund" - Beratung zum weiteren Vorgehen / Antragstellung an Landkreis

Herr Bauschke teilt mit, dass dieser Tagesordnungspunkt aus der letzten Sitzung vertagt wurde. Er ergänzt, dass die CDU/FDP Fraktion über die Thematik beraten hat und dem Vorschlag folgen wird.

Es besteht kein weiterer Redebedarf.

Der Ausschussvorsitzende schlägt die zustimmende Kenntnisnahme vor und bittet um Abstimmung.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Herr Bauschke schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.2 Aktueller Sachstand Fahrradstation am Hauptbahnhof

Herr Bogusch verweist auf die letzte Sitzung des Ausschusses, in welcher die Fördermaßnahmen seinerseits vorgestellt wurden. Die Verwaltung möchte sich am Stadt-Land-Förderprogramm beteiligen. Der Fördermittelantrag befindet sich in der Vorbereitung.

Herr Sesselmann, Geschäftsführer der matrix architektur gmbh - Architekten BDA stellt die geplante Fahrradstation am Hauptbahnhof anhand einer Präsentation vor.

Es ist geplant, die Abstellmöglichkeiten nicht nur wie bisher zu überdachen, sondern auch sicherer zu gestalten. An der geplanten Fahrradstation wird es Zutrittskontrollen geben. Außerdem möchte dafür gesorgt werden, dass wildes Parken verhindert wird und eine gewisse Ordnung entsteht.

Herr Sesselmann merkt an, dass beim Bau darauf geachtet werden muss, dass die Anlieferung zur Rampe des Bahnhofs erhalten bleibt. Für die Fahrradstation ist ein eingeschossiges Gebäude vorgesehen, welches die Abstandsfläche von 3 Metern zum InterCity Hotel einhält. Die Zutrittskontrolle wird durch ein Drehtor erfolgen. Vergleichbar sind die Abstellmöglichkeiten mit einem Parkhaus für Pkw's. Es ist möglich, zwei Fahrräder übereinander abzustellen, womit eine Kapazität von 250 Rädern gewährleistet werden kann. Außerdem sind Sonderflächen vorgesehen, auf welchen beispielgebend Lastenräder oder Mietfahrräder abgestellt werden können.

Herr Sesselmann hält fest, dass eine Radstation ohne Personal autark funktioniert. Es ist jedoch in der Hansestadt Stralsund angedacht, Serviceleistungen mittels einer Werkstatt mit entsprechendem Personal anzubieten. Hauptsächlich wird die Fahrradstation von Ein- und Auspendlern genutzt werden, welche mit dem Zug in der Hansestadt Stralsund ankommen bzw. abfahren.

Hinsichtlich der vorhandenen Ausstellungsstücke und Wandgemälde, welche integriert werden sollen, finden momentan Gespräche mit der Bahn statt. Herr Sesselmann geht darauf ein, dass der Eingang der Fahrradstation gut zu erkennen und somit hervorgehoben werden muss, besonders in der dunklen Jahreszeit.

Bezüglich der Baumaßnahmen der Fahrradstation ist es aufgrund der beengten Zufahrt nicht möglich, einen stationären Kran aufzustellen. Der Gedanke ist, mit einem Mobilkran zu arbeiten, was auch nahelegt, mit einem vorgefertigten Holztragwerk auf die Baustelle zu gelangen. Dies beansprucht nur eine kurze Montagezeit, wie Herr Sesselmann mitteilt.

Herr Bogusch ergänzt den Hinweis der Bahn, dass mit der Fahrradstation kein neuer Haupteingang, sondern lediglich ein Seiteneingang für die Nutzer eines Fahrrads geschaffen wer-

den soll. Außerdem wird die Fahrradstation mit Schließfächern ausgestattet werden, um Gepäck dort unterzubringen.

Herr Bauschke erfragt, ob die Zuwegung zum Bahnhof von beiden Ebenen der Fahrradstation möglich sein wird. Herr Bogusch teilt dazu mit, dass von der oberen Etage der Zugang zum Bahnhof wahrscheinlich nicht gewährleistet wird. Bei der Deutschen Bahn wurde angefragt, ob es möglich ist, den Zugang zumindest in eine Richtung nutzen zu können, um eine Zeitersparnis zu erlangen. Einer Zustimmung seitens der Deutschen Bahn sieht Herr Bogusch nicht optimistisch entgegen.

Herr Bauschke äußert dazu, dass dieser Zugang ein großer Mehrwert für die Attraktivität des Geschosses wäre. Er findet ein transparentes Dach gut, vor allem für den Witterungsschutz und zur Heraushebung des Wandgemäldes. Ein komplett offenes Dach würde er nicht begrüßen.

Auf die Frage von Herrn Gottschling, ob ein Baubeginn für 2022 realistisch ist, antwortet Herr Bogusch, dass die bauliche Umsetzung für 2023 geplant ist. Das Förderprogramm läuft Ende des Jahres 2023 aus.

Herr Suhr möchte zum einen wissen, wie viele Stellplätze durch die Radstation entstehen und zum anderen, ob darüber nachgedacht wurde, einen Aufzug zu integrieren. Er sieht eine Minderung der Attraktivität durch das Schieben der Räder auf das Dach der Fahrradstation.

Herr Sesselmann führt aus, dass es ca. 250 Abstellmöglichkeiten zuzüglich Lastenräder in der Fahrradstation geben wird. Zur zweiten Frage teilt er mit, dass möglichst keine technische Unterstützung hinzugezogen werden soll. Herr Bogusch merkt die bestehende Unsicherheit in der Verwaltung an, ob die Fahrradstation aufgrund der Errichtung des geringen Entgeltes von den Bürgerinnen und Bürger gut angenommen wird. Es gibt die Möglichkeit, zwei verschiedene Qualitätsstufen anzubieten. Es muss die Balance zwischen einem guten, geringfügig kostenpflichtigen Angebot und einem kostenfreien Angebot gefunden werden, welches jedoch nicht der gleichen Qualität entspricht.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich für die ausführliche Vorstellung. Er gibt zum Vorschlag, dieses Thema in den jeweiligen Fraktionen zu besprechen und in einer der nächsten Ausschusssitzungen erneut auf die Tagesordnung setzen. Die Ausschussmitglieder sehen ebenfalls Abstimmungsbedarf in den Fraktionen und stimmen dem Vorschlag zu.

Es gibt keinen weiteren Redebedarf. Herr Bauschke schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 5 Verschiedenes

Herr Gottschling möchte von der Verwaltung den aktuellen Sachstand zum Grundstück in der Heilgeiststraße erfahren.

Herr Dr. Raith berichtet, dass der Besitzer, welcher in Süddeutschland wohnt, im Sommer 2021 im Amt für Planung und Bau vorgeschrieben hat. Der Besitzer hält an dem Bestreben fest, dieses Grundstück zu bebauen. Die Schwierigkeit besteht darin, einen umsetzungsfähigen Entwurf zu gestalten. Er ergänzt, dass die mittelalterlichen Keller hinter dem Zaun nicht abgedeckt sind. Dem Besitzer wurde mittgeteilt, dies umgehend zu erledigen. Ein Ordnungsverfahren wurde diesbezüglich eingeleitet, um die Sicherung des Kellers wiederherzustellen zu lassen.

Herr Röhl findet es ärgerlich, dass ein derartiges städtebaulich sehr wertvolles Grundstück noch nicht bebaut wurde.

Die Ausschussmitglieder haben keinen weiteren Redebedarf.

Es erfolgt der Ausschluss der Öffentlichkeit.

**zu 10 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen
aus dem nichtöffentlichen Teil**

Der Ausschussvorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass die Vorlage B 0178/2021 der Bürgerschaft zur Beschlussempfehlung empfohlen worden ist.

gez. Stefan Bauschke
Vorsitzender

gez. Madlen Zicker
Protokollführung